

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	92
		TOP:	11
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	29.03.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Frau Scherz (AföO)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / fr		
Betreff:	Verschiedenes Umsetzung Tempo 20 innerhalb City-Rings		

Der von Frau Scherz (AföO) vorgetragene Sachstandsbericht zum Thema Petition ist nachstehend im leicht überarbeiteten Wortlaut wiedergegeben:

"Guten Tag meine Damen und Herren. Ein kurzer Sachstand zu der Vorgabe der Petition: Wir haben, das haben Sie alle mitbekommen, in der Presse angekündigt, dass wir seit gestern Tempo 20 nach dem Beschluss des Gemeinderats im Innenstadtbereich umsetzen werden. Die Beschilderungsarbeiten wurden schon letzte Woche durch die AWS begonnen und am Freitagnachmittag erreichte uns die Petition, dass diesem Vorhaben eben auch Bedenken entgegengebracht werden. Das Verfahren läuft dann wie folgt: Die Fachbehörde erhält Kenntnis von der Petition, gleichzeitig werden wir dann angefragt um eine Stellungnahme von dem zuständigen Fachministerium, also in dem Fall vom Verkehrsministerium. Sie wissen mittlerweile aus der Presse, dass es in Baden-Württemberg das Stillhalte-Abkommen gibt, wonach im Rahmen einer Selbstverpflichtung diese Verwaltungsentscheidung vorerst, sofern möglich, nicht umgesetzt wird. Daran haben wir uns auch gehalten, wohlwissend, dass der Gemeinderatsbeschluss und die Bürgerbeteiligung natürlich durchaus eine breite Basis für so ein Vorhaben sind.

Wir haben dann am Freitagnachmittag sowohl organisatorisch gewirkt, d.h. die Mitarbeiter aus dem Wochenende geholt, die AWS kontaktiert, damit wir am Montagmorgen um 7:30 Uhr die Beschilderungsaktion in einen Zustand bringen konnten, dass quasi kein neuer Zustand hergestellt wird, sondern dort, wo Tempo 20 schon vorher galt, es auch

jetzt gilt, und dort, wo Tempo 20 schon angebracht wurde, dass das nicht abgedeckt wurde. Das ist das eine, was passiert ist.

Dann haben wir natürlich mit der Pressestelle uns in Verbindung gesetzt, mit den Referaten, um die Kommunikation klarzuziehen. Weil gestern Vormittag dann ja auch schon die Presse informiert werden musste, dass dieses Vorhaben nun erst einmal ausgesetzt ist.

Als drittes haben wir dann die Stellungnahme erarbeitet, die gestern dem Verkehrsministerium wie beantragt zugeht, in der wir das Vorhaben nochmal erläutern, begründen und in der wir auch unsere Meinung äußern nach auch Rückmeldung des Umweltamtes, weil ja auch Fragen zur Luft aufgerufen wurden, dass Tempo 20 nicht schädlich ist, sondern vorteilhaft ist, wie das Verfahren gelaufen ist, dass eine Bürgerbeteiligung hier stattgefunden hat, der Gemeinderat dies explizit beschlossen hat. Und diese Stellungnahme liegt jetzt dem Ministerium vor, das dann sozusagen beim Land intern den Prozess mit dem Petitionsausschuss klärt. Wir warten dann auf eine Rückmeldung und hoffen, dass wir die zeitnah bekommen. Bis dahin bleibt der Zustand jetzt erstmal wie er ist, und dann geht's weiter, wenn wir eine Rückmeldung erhalten haben. Soweit wir wissen, ist der nächste Petitionsausschuss Anfang Mai, wobei die Behandlung der Petition, wie gesagt, das ist Sache des Landes. Dazu können wir auch keine Auskunft geben, weil das Land selber die Bearbeitung macht. Wir warten auf die Rückmeldung."

StR Pantisano (Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) dankt für diese Info. Er erinnert daran, dass der Rat die Entwicklung dieser Stufe der Lebenswerten Innenstadt mit breiter Mehrheit und den Stimmen der CDU beschlossen hat. Die Petition gehe aus von der Jungen Union nahen Autonarren aus Nürtingen, die "sozusagen der radikale Arm der Konservativen in diesem Rat, ein radikaler Autonarrenverein" sei und mit dieser Petition im ganzen Land bei jeder Verkehrsverbesserung, die mit Tempolimits einhergeht, aktiv werde, Aktionen starte und damit Umsetzungen verhindere. Er erwarte von der CDU-Gemeinderatsfraktion Kritik an den eigenen Leuten und eine Verurteilung dieses Vorgehens "und vielleicht rufen Sie dort auch an und versuchen, für Einsicht und Vernunft zu sorgen". Er könne nicht nachvollziehen, dass es möglich ist, durch Anrufung des Petitionsausschusses die Planungen, die beschlossen wurden durch ein Gremium, aufzuhalten. Wenn dies rechtens ist, so könne man damit jedes Verkehrsprojekt dieser Art monatelang aufhalten. Aus seiner Sicht darf es nicht zugelassen werden, dass eine Petition beschlossene Projekte von Gremien, bei denen das Land keine Einwirkungsmöglichkeit hat, verhindert und so die Verkehrswende blockiert.

BM Pätzold unterstreicht, das Petitionsrecht stehe im Grundgesetz, Artikel 17. Unabhängig davon, ob man damit einverstanden ist, dass jemand eine Petition einreicht oder nicht, habe jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht, eine Petition einzureichen. Im Umkehrschluss zu behaupten, jemand würde das Petitionsrecht benutzen, um Projekte zu verzögern, halte er für eine Aushebelung der demokratischen Grundrechte. Aus seiner Sicht ist es - auch was das Thema Beteiligung angeht - wichtig, dass Leute, die auch außerhalb von Gremien sind, dieses Petitionsrecht in Anspruch nehmen können. Der Petitionsausschuss werde sich jetzt auch mit den Beschlüssen des Gemeinderats beschäftigen, das Ergebnis darlegen und entscheiden, was diesbezüglich Sache ist. Er werbe dafür, diese demokratischen Rechte anzuerkennen, auch wenn sie manchmal nicht passen, und er wende sich dagegen, zu unterstellen, jemand würde diese Rechte dazu benutzen, um Verzögerungstaktiken oder anderes zu machen, weil dies die demokratischen Werkzeuge untergraben würde.

StR Kotz (CDU) dankt dem Vorsitzenden für die klaren Worte. Seine Fraktion teile diese Aussage vollumfänglich. "Man kann nicht Rechte, die Bürgerinnen und Bürger haben, gut finden, wenn es einem passt und schlecht finden, wenn es einem nicht passt." Gerade die FrAKTION vertrete ansonsten immer die Meinung, dass es auch jenseits der Parlamente Beteiligung und Möglichkeiten geben muss, wo der Bürger direkt einwirken kann. Er ruft dazu auf, diese Petition nicht überzubewerten. Es gehe um vielleicht zwei, drei oder vier Wochen Verzögerung, wobei viele der Meinung seien, dass man eh nicht viel schneller fahren kann auf etlichen der betroffenen Streckenabschnitte. Diese Frage sei es nicht Wert, das Petitionsrecht der Bürgerinnen und Bürger in Frage zu stellen.

StRin Schanbacher (SPD) unterstützt die Wortbeiträge des Vorsitzenden und von StR Kotz ausdrücklich. Auch das Stillhalte-Abkommen sei ein Recht, das Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit und Chancen gibt, einzugreifen. Dies sei richtig und wichtig. Sicherlich passe es dem Gemeinderat hier nicht. Vom heutigen Tag muss aus ihrer Sicht das Signal ausgehen, "dass wir es nicht akzeptieren wollen, wenn hier Beschlüsse, die wir getroffen haben und wo wir auch überzeugt davon sind - Lebenswerte Innenstadt -, nicht umgesetzt werden können." Es müsse aber auch deutlich werden, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung das Wochenende über deswegen gearbeitet haben, um die Beschilderung wieder rückgängig zu machen. Auch diese Konsequenz müsse den Leuten, die eine solche Petition stellen, bewusstwerden. Ihre Fraktion stehe zu den Beschlüssen der Lebenswerten Innenstadt und rechne fest damit, dass dieses Ziel von dieser Petition nicht aufgehoben werden kann.

StRin Köngeter (PULS) hätte es schön gefunden, wenn im Rahmen der städtischen Pressemeldung ein klares Signal aus der Stadt erfolgt wäre, "wir wollen aber weitermachen". Das gesamte Kommunikationsthema sieht sie insgesamt verbesserungsfähig.

StR Pantisano stellt klar, natürlich habe jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht, eine Petition zu stellen. Die Frage sei aber, ob durch das bestehende Stillhalte-Abkommen das Petitionsrecht nicht missbraucht werden kann und ob in Fällen, wo es um Beschlüsse von Kommunen geht, auf die das Land keine Einwirkungsmöglichkeiten hat, dieses ebenfalls uneingeschränkt gilt. Dies bedarf aus seiner Sicht einer Prüfung.

StR Serwani (FDP) ruft dazu auf, nichts schönzureden. "Petitionsrecht ist Menschenrecht, und das sollten wir nicht aushebeln durch irgendwelche Vorwürfe, wonach der oder jener Verein dieser oder jener Gruppierung angehört!" Schließlich werden sehr viele Petitionen aus der politischen Richtung von StR Pantisano bzw. der FrAKTION gestellt, was auch akzeptiert werde und worüber der Petitionsausschuss des Landtags entscheiden müsse, wie beispielsweise von der Deutsche Umwelthilfe. Er gehe davon aus, dass alle im Landtag vertretenen Parteien dafür sorgen werden, dass diese Petition Anfang Mai behandelt werden kann. Bis dahin gelte das Stillhalte-Abkommen.

Frau Scherz teilt mit, der Petitionsausschuss als solcher könne die Entscheidung des Gemeinderats nicht als solche aushebeln. Es gehe darum, dass man das Grundrecht hat, eine Beschwerde vorzubringen, es können Empfehlungen ausgesprochen werden, es kann gesagt werden, geht da nochmal in die Diskussion. "Wir warten jetzt, was kommt und dann werden wir sehen, wie es weitergeht." Zur Kommunikation räumt sie ein, dass man das immer noch besser machen kann. Sie bitte jedoch um Verständnis, dass die allererste Priorität in einer solchen Sachlage ist, "dass man am Montagmorgen

alles auf die Reihe bekommt und erst in der zweiten Priorität es darum geht, wie gut die Pressemitteilung ist".

StR Kotz merkt an, er hätte kein Problem damit gehabt, wenn die Schilder nicht nochmals zugehängt worden wären. Er bittet diese Aussage als "Mutmacher an die Verwaltung" zu verstehen. StR Dr. Mayer (AfD) fragt die Anmerkung von StR Kotz aufgreifend, wonach man an vielen Streckenabschnitten auf dem City-Ring ohnehin nicht schneller als 20 km/h fahren könne, warum dann überhaupt Schilder aufgestellt werden sollen.

BM Pätzold äußert die Hoffnung, dass im Mai die Entscheidung des Petitionsausschusses getroffen wird und der Gemeinderatsbeschluss dann umgesetzt werden kann.

Abschließend stellt er fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Faßnacht / fr

Verteiler:

- I. Referat SOS
zur Weiterbehandlung
Amt für öffentliche Ordnung

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 3. Referat T
AWS (2)
 4. Stadtkämmerei (2)
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand